Wirtschafts- und Handels-Zeitung

Nr. 570 • Ausgabe B Nr. 253
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 570

Chief-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Mahnung des Reichszanclers an die Industrie.

Der Reichswirtschaftsrat über die „Kreditvereinigung des deutschen Gewerbes“.

Die heutige Sitzung.

Wider v. Braun eröffnet die Sitzung um 10 1/2 Uhr. Das Haus geht zunächst in die Beratung des Beschlusses des Reparationsauschusses über die weitere Beratung des Initiationsantrages zur Errichtung einer Kreditvereinigung des deutschen Gewerbes.

Der Reparationsauschuss hat am 25. November einstimmig eine Entscheidung angenommen, in der er die unverzügliche Durchführung der Kreditvereinigung auf Grund des Beschlusses der Vollversammlung des Reichswirtschaftsrats vom 4. November 1921 eine Lebensnotwendigkeit für Deutschland" bezeugt und „entsprechende Maßnahmen gegen die innere Zahlungslosigkeit im Reich und besonders bei den Reichswehrbetriebsbetrieben" fernerhin fordert, dagegen die Beirathung dieser und anderer als Bedingung gestellten Forderungen mit der Frage der Kreditvereinigung" abweist.

An der Sitzung teilnahmen: Reichszancler Dr. Brüch: (Vorsitz), Reichswirtschaftsrat, Reichswehrminister, Reichsminister für Ernährung, Reichsminister für Wirtschaft, Reichsminister für Finanzen, Reichsminister für Verkehr, Reichsminister für Arbeit, Reichsminister für öffentliche Arbeiten, Reichsminister für Reichswehr, Reichsminister für Reichsanlagen, Reichsminister für Reichslandwirtschaft, Reichsminister für Reichsindustrie, Reichsminister für Reichshandelsmarine, Reichsminister für Reichsfliegerei, Reichsminister für Reichslandwirtschaft, Reichsminister für Reichsindustrie, Reichsminister für Reichshandelsmarine, Reichsminister für Reichsfliegerei.

Reichszancler Dr. Brüch: Ich habe mir davon gesprochen, daß jetzt der Augenblick da ist, über den Stand der Angelegenheit Auskunft zu geben. Ihre Aufmerksamkeit hat mit der Verabschiedung des Gesetzes noch nicht zu tun. Was soll denn aber ein politisches Instrument für eine Bedeutung haben, wenn man es drei Tage vor der Verabschiedung verabschiedet? Soll das wirken, so muß man die Sache noch vor Verhandlung verabschieden. Ein Grund zur Verzögerung der in Frage kommenden Kreise liegt nicht vor. Ich bitte Sie um Verabschiedung des Instruments und um Aufstellung der Beratungen bis in die Zeit des neuen Jahres hinein.

ein Instrument in die Hand zu geben, und sprechen Sie damit die Hoffnung aus, daß die ganze Welt auch an diesem Zeichen erkennen möge, daß in Deutschland alle Kreise bereit sind, am Wiederanbau in Deutschland und der ganzen Weltwirtschaft mitzuarbeiten. Dr. Rathenau, das Mitglied dieses Hauses, wird ja in einigen Tagen Ihnen über seine Eindrücke in London Bericht erlassen können. Freilich ist es auch zunächst besser zu schauen, wo große Gedanken reifen, anstatt zu reden und nachher zu sehen, wieviel vorzulegen anhängen ist. (Zustimmung.) Wir sehen den nächsten Tagen mit Spannung und einiger Hoffnung entgegen.

Der Reichszancler Dr. Brüch: Ich habe mir davon gesprochen, daß jetzt der Augenblick da ist, über den Stand der Angelegenheit Auskunft zu geben. Ihre Aufmerksamkeit hat mit der Verabschiedung des Gesetzes noch nicht zu tun. Was soll denn aber ein politisches Instrument für eine Bedeutung haben, wenn man es drei Tage vor der Verabschiedung verabschiedet? Soll das wirken, so muß man die Sache noch vor Verhandlung verabschieden. Ein Grund zur Verzögerung der in Frage kommenden Kreise liegt nicht vor. Ich bitte Sie um Verabschiedung des Instruments und um Aufstellung der Beratungen bis in die Zeit des neuen Jahres hinein.

Der Reichszancler Dr. Brüch: Ich habe mir davon gesprochen, daß jetzt der Augenblick da ist, über den Stand der Angelegenheit Auskunft zu geben. Ihre Aufmerksamkeit hat mit der Verabschiedung des Gesetzes noch nicht zu tun. Was soll denn aber ein politisches Instrument für eine Bedeutung haben, wenn man es drei Tage vor der Verabschiedung verabschiedet? Soll das wirken, so muß man die Sache noch vor Verhandlung verabschieden. Ein Grund zur Verzögerung der in Frage kommenden Kreise liegt nicht vor. Ich bitte Sie um Verabschiedung des Instruments und um Aufstellung der Beratungen bis in die Zeit des neuen Jahres hinein.

Der Vertragsantrag Sorge wird abgelehnt.

Reichszancler Dr. Brüch: Ich habe mir davon gesprochen, daß jetzt der Augenblick da ist, über den Stand der Angelegenheit Auskunft zu geben. Ihre Aufmerksamkeit hat mit der Verabschiedung des Gesetzes noch nicht zu tun. Was soll denn aber ein politisches Instrument für eine Bedeutung haben, wenn man es drei Tage vor der Verabschiedung verabschiedet? Soll das wirken, so muß man die Sache noch vor Verhandlung verabschieden. Ein Grund zur Verzögerung der in Frage kommenden Kreise liegt nicht vor. Ich bitte Sie um Verabschiedung des Instruments und um Aufstellung der Beratungen bis in die Zeit des neuen Jahres hinein.

Reichszancler Dr. Brüch: Ich habe mir davon gesprochen, daß jetzt der Augenblick da ist, über den Stand der Angelegenheit Auskunft zu geben. Ihre Aufmerksamkeit hat mit der Verabschiedung des Gesetzes noch nicht zu tun. Was soll denn aber ein politisches Instrument für eine Bedeutung haben, wenn man es drei Tage vor der Verabschiedung verabschiedet? Soll das wirken, so muß man die Sache noch vor Verhandlung verabschieden. Ein Grund zur Verzögerung der in Frage kommenden Kreise liegt nicht vor. Ich bitte Sie um Verabschiedung des Instruments und um Aufstellung der Beratungen bis in die Zeit des neuen Jahres hinein.

Reichszancler Dr. Brüch: Ich habe mir davon gesprochen, daß jetzt der Augenblick da ist, über den Stand der Angelegenheit Auskunft zu geben. Ihre Aufmerksamkeit hat mit der Verabschiedung des Gesetzes noch nicht zu tun. Was soll denn aber ein politisches Instrument für eine Bedeutung haben, wenn man es drei Tage vor der Verabschiedung verabschiedet? Soll das wirken, so muß man die Sache noch vor Verhandlung verabschieden. Ein Grund zur Verzögerung der in Frage kommenden Kreise liegt nicht vor. Ich bitte Sie um Verabschiedung des Instruments und um Aufstellung der Beratungen bis in die Zeit des neuen Jahres hinein.

Schwache Haltung am Devisenmarkt.

Unstetigkeit am Effektenmarkt.

Die Kurse für ausländische Zahlungsmittel erlitten heute abends eine **Erniedrigung**. Der Dollarkurs, der heute vormittag im freien Verkehr mit etwa 188 bis 190 umgelegt worden war, wurde an der Börse mit 187 bis 184 genannt. Der **amtliche Dollarkurs** wurde mit 187,50, **187,60** Brief festgesetzt. Auf dem Effektenmarkt herrschte noch die große Zurückhaltung. Wiewohl man vereinzelt höhere Kurse hören konnte, scheint doch die Tendenz im ganzen schwächer zu sein.

Der **Allgemeine Bankverein** in Düsseldorf, zu dessen Vorstandem der Staatsrentier Dr. W. W. gehört, und in dessen Aufsichtsrat unter anderem Herr Dr. G. W. (Zukunft), der Generalvollmachtigte der Sächsischen und Thüringischen und Thüringischen Verwaltungen sowie prominente Industrielle sitzen, hat **seine Forderungen** und **Geldforderungen** beantragt. Die Bank hatte die Verluste, die sie durch die bekomenen Devisenspekulationen eines Verbandsmitgliedes erlitt, ursprünglich auf 120 Millionen Mark angesetzt, für die die Mitglieder der Verwaltung ihren persönlichen Kredit zur Verfügung gestellt haben. Jetzt ergibt sich, daß diese **Verluste** noch größer sind. Eine Einigungsart verliert vorläufig jeden Erfolg.

Der deutsch-südslawische Handelsvertrag.

Die vorjährige Fassung des Vertrages. — § 18. „Zwischen Serbien und Charyobis.“ — Stinnes-Märchen.

Von unserem nach Südslawien entsandten Sonderkorrespondenten

Theodor Barkas.

Belgrad, im Dezember.

Der deutsch-südslawische Handelsvertrag, über den unser Sonderkorrespondent berichtet, ist soeben unterzeichnet worden. Die Reaktion.

Anfang Dezember des vorigen Jahres hat sich, wie feinerzeit gemeldet worden war, nach Belgrad eine deutsche Delegation unter der Führung des Ministerialdirektors Freiherrn v. Stockhammern begeben, um mit der südslawischen Regierung einen Vertrag zu schließen, der den Zweck hatte, die seit jetzt mehr als sieben Jahren unterbrochenen wirtschaftlichen Beziehungen auch in dieser wieder aufzunehmen. Die Verhandlungen, die auf südlawischer Seite in entgegenkommender Weise von den hervorragenden Wirtschaftspersonlichkeiten, dem Sektionschef im Handelsministerium Dr. Milan Todorowitsch und dem früheren Finanzminister Juschan Popowitsch, geführt wurden, leiteten schließlich zu einem beiderseitig betriebenen Ergebnis, aber der südlawische Minister hat dann in letzter Stunde aus politischen Gründen — es herrschten damals Unstimmigkeiten über die Reparationsforderungen zwischen Deutschland und der Entente — Einwendungen gemacht, und es war die Unterzeichnung unterblieben. Jetzt hat sich aber die Lage zugunsten der Unterzeichnung geändert.

Dieser Vertrag, der bei den gegenwärtig noch flüssigen wirtschaftlichen Verhältnissen in Mitteleuropa weniger einen Handelsvertrag als ein erstes Wirtschaftsabkommen darstellt, hat einige prägnante Artikel und einige Anlagen, und er leitet in seinem ersten Artikel mit der grundsätzlichen Feststellung ein, daß zwischen den beiden Staaten zukünftig keine Ein- und Ausfuhrverbote statthaben sollten. Als weiteren Grundpunkt stellt Artikel 3 das Recht der Weisbegünstigung fest, bei Ein- und Ausfuhrerzeugnissen der Eingangs- und Ausgangswaren, bei den Zollverpflichtungen, bei den inneren Verbrauchsabgaben, bei der Behandlung von Geschäftsleuten, bei der Zulassung und Behandlung von Schiffen und bei Schiffsabgaben, bei der Personen- und Warenbeförderung durch Transportunternehmungen zu Lande und zu Wasser und bei dem Erwerb und Besitz von beweglichen oder unbeweglichen Vermögen, soweit dieser Besitz aus wirtschaftlichen Erwägungen herauskommt. Im Artikel 8 machen die beiden vertragsschließenden Staaten sich gegenseitig die Zusage, daß soweit die Handelsverhältnisse das zulassen, Beschränkungen der Ein- und Ausfuhr abgebaut werden. Der Artikel 8 spricht ferner über die Transparenzfreiheit für Personen, Waren, Eisenbahnwagen und im Besonderen auch bezüglich dieser Freiheit aus inneren Abgaben. Artikel 9 spricht das Recht aus, sich hinsichtlich der Beschränkungen des Gerichtsstandes und ferner das Recht, vor den Gerichten als Kläger und als Beklagter Prozesse zu führen, aus, und Artikel 10 gibt die Bedingungen an, unter denen die Handelsreisenden in den beiderseitigen Ländern Geschäfts treiben können. Artikel 11 bestimmt die Zollfreiheit für Munition, Artikel 12 die Wiedereinnahme von Post und Telegrafendienst auf Grund des internationalen Vertrags, Artikel 13 spricht vom Schenkungsrecht, der Rechtspflege, dem Ausfuhrrecht der Doppelbesteuerung, der Rechtspflege in Steuerfachen, der Steuerermittlung und Steuerbeitrügung und den Steuerstrafen. Artikel 14 stellt fest, daß über Urheber- und gewerblichen Rechtsschutz besondere Abmachungen getroffen werden sollen, desgleichen auch über die soziale Verdringung der Angehörigen eines Staates in dem anderen. Artikel 15 gestattet, daß direkte deutsche Eisenbahnwagen mit deutschen Büchern periodisch und ohne Umladung nach Südslawien geführt werden, und Artikel 16 läßt beiden Staaten freie Hand im Bahverkehr. Artikel 18 sagt vom Seeschiffsverkehr, daß auch hierbei die Weisbegünstigung gilt, und demweist bezüglich der Donau auf die Bestimmungen der internationalen Donauverträge, während für die nationalen Wasserläufe die Regelungen noch vorbehalten werden. Artikel 21 bestimmt das Verfahren bei Meinungsverschiedenheiten und ordnet für diesen Fall ein Schiedsgericht an, das aus den beiden Staaten gebildet wird, und dessen Obmann das Mitglied eines befreundeten dritten Staates sein soll. In den Anlagen zu diesem Vertrage findet sich ferner ein Eisenbahnabkommen, das in seinen Grundzügen auf dem internationalen Eisenbahnabkommen vom 1. Februar 1880 aufbaut ist. Die Durchgangstarife für Personen und Waren, heißt es darin, sollen geregelt werden, sobald auf Grund der Abmachungen eine solche Regelung möglich wäre. Auch durch dieses Abkommen wird bezüglich der Tarifpolitik grundsätzlichen gegenseitig das Weisbegünstigungsrecht gewährt.

Der Vertrag erhofft vor allem die Möglichkeit, das Sündenbild der Zaximalküste, die namentlich für die deutsche Wirtschaft ein so großes Hindernis darstellt, zu beseitigen, aus dem Wege zu räumen. Weist freilich dann immer noch der berichtigte Paragraph 18 aus dem Friedensvertrag bestehen, der jederzeit die Verschlimmerung des deutschen Vermögens zuläßt, und die Aufhebung dieses Paragraphen dürfte wohl auch Gegenstand von Unterhandlungen mit einer südlawischen Kommission sein, die sich, wie man hört, demnächst zur weiteren Klärung von Wirtschaftsverhältnissen nach Deutschland begeben soll.

Vor der Zusammenkunft zwischen Briand und Lloyd George.

Lloyd George verlangt eine „Wirtschaftspolitik“ gegenüber Deutschland (Telegramm unseres Korrespondenten).

Paris, 10. Dezember.

Lloyd George hält es für nötig, sich mit Briand über die schwedischen Fragen auszusprechen und bittet den französischen Ministerpräsidenten, nach London zu kommen, da Lloyd George selbst nicht wegen der Verhandlungen mit Frankreich verlassen kann. Die Einladung zu dieser Zusammenkunft wurde durch den Ministerpräsidenten überbracht. Der letztere abend 10 Uhr bereits wieder in Paris eingetroffen ist und am Wohnort außer seinen Mitarbeitern die Pariser Presse möglichst vollständig vernehmelt fand. Er schien sehr guter Laune zu sein und gab in der Gesprächsform eine kurze Darstellung seiner Eindrücke. Was er sagte, sei nach dem „Echo de Paris“ wiedergegeben, dessen Tendenz bekannt ist. Eine zweite Zusammenkunft, aus London kommend, kommt mit dem „Echo“ in der Schwärze überein, läßt aber erheblich mehr zwischen den Zeilen lesen. Nach dem Bericht „Echo“ machte Briand zuerst die Feststellung, daß die Unterhaltungen mit St. Germain und Lloyd George außerordentlich fruchtbar gewesen sind. Lloyd George habe alle Probleme, die besprochen worden seien, in einem Sinne verhandelt, der stets der Lage Frankreichs Rechnung trug. Von einem Moratorium sei nicht gesprochen worden. Loucheur habe die lebhafteste, daß die englische Regierung nichts ohne Frankreich tun wolle. Auf die Angelegenheit, die Frankreich am meisten interessiert, ging Lloyd George etwas näher ein. Lloyd George ist der Ansicht, wie

Präsident Harding über die wirtschaftliche Lage der Welt: „Es genügt nicht, einzelne Probleme zu betrachten; man muß das ganze überblicken können, um das geeignete Heilmittel zu finden.“ Zu diesem Zwecke will er sich eingehend mit Briand unterhalten. Loucheur berichtete dann über das Gespräch mit Dr. Rathenau. Loucheur sagt: Diese Unterhaltung hat nicht eine so große Bedeutung, wie Sie annehmen. Ich habe ihn gefragt, warum er nicht Minister geliehen und was er in London mache. Er hat mir geantwortet: Er sei in London, um finanzielle und wirtschaftliche Verhandlungen zu führen. Welcher Art diese Verhandlungen seien, habe ich nicht wissen wollen (?) und ebenso wenig, ob sie zu einem Resultat geführt haben. Ich wollte heute Freitag, nachdem mit Rathenau gesprochen, da ich aber gleich nach dem Frühstück abreisen, haben wir nur wenig Worte wechseln können. Ich glaube, daß Rathenau mit uns in Berührung bleiben wird. Herr Stinnes ist aus London abgereist, nachdem seine Mission vollkommen gescheitert war (?)

Im „Petit Parisien“ wird noch eine Bemerkung Lloyd Georges erwähnt. Lloyd George sei durch die Art, wie in der französischen und englischen Presse die Verhandlungen der letzten Zeit behandelt worden, verstimmt und bedrückt. Er wolle nicht, daß zwischen Frankreich und England ein Mißverständnis bestehen bleibe. Es sei die Pflicht beider Regierungen, beruhigt zu wirken. Er wolle dazu das Seine tun, und wenn er zu tiefem Opfer bringen müsse. Der „Petit Parisien“ sagt, daß die Zusammenkunft der beiden Premierminister bestimmt noch vor Weihnachten stattfinden werde, und daß 24 Stunden das genügen werden, alles in Ordnung zu bringen. (?)

(Siehe auch Seite 2.)